

Asbesttransporte bleiben verboten

25.04.2012, 17:15 Uhr | dapd



Die geplanten Asbesttransporte der niedersächsischen Deponie Wunstorf nach Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern bleiben verboten. Das Verwaltungsgericht Schleswig erklärte die Untersagung der Fahrten am Mittwoch in einem Eilverfahren für rechtmäßig. Die Freisetzung von gesundheitsschädlichen Asbestfasern beim Transport könne nicht mit hinreichender Sicherheit ausgeschlossen werden.

MEHR ZU MECKLENBURG-VORPOMMERN

[Quiz: Kennen Sie sich mit den deutschen Bundesländern aus?](#)

[Sport aus Mecklenburg-Vorpommern](#)

[Alles Wichtige aus Mecklenburg-Vorpommern](#)

Die betroffene Firma hatte gegen das Transportverbot geklagt. Nach der Plänen der mit der Sanierung der Deponie in Wunstorf beauftragten Firma sollte der Asbestschlamm in loser Schüttung auf Lkw transportiert und mit einer Plane abgedeckt werden. Der erste Transport hätte bereits am 16. April starten sollen.

Die schleswig-holsteinische Landesregierung hatte ihr am 10. April erlassenes Verbot auf das Gefahrgutbeförderungsgesetz gestützt. Der Asbestschlamm dürfe - erklärte das Ministerium - nach nationalem und europäischem Recht nicht lose, sondern nur in abgepackter Form beispielsweise in sogenannten Big Bags oder in Containern transportiert werden. Nach Ansicht der klagenden Firma sind die vom Ministerium zugrunde gelegten Vorschriften dagegen aufgrund einer Sonderregelung nicht anwendbar. Während des Transports könne es nicht zu einer Freisetzung gefährlicher Mengen von Asbestfasern kommen.

Die Schleswiger Richter mochten dieser Argumentation am Mittwoch allerdings nicht folgen. Bei dem Asbestschlamm handele es sich um eine inhomogene Masse mit stark schwankenden Anteilen von Asbest und Wasser. Weil eine Freisetzung nicht ausgeschlossen werden könne, sei das Kieler Ministerium zurecht von der Anwendbarkeit der europäischen und nationalen Gefahrgutvorschriften für Asbest ausgegangen.

Die Grünen in Mecklenburg-Vorpommern äußerten sich erleichtert zur Entscheidung des Gerichts. Die gerichtliche Auseinandersetzung sollte nun abgeschlossen sein und das Urteil akzeptiert werden, sagte der Vorsitzende der Grünen-Landtagsfraktion, Jürgen Suhr. Die Region Hannover sei jetzt aufgefordert, neue Entsorgungslösungen zu erarbeiten.

Auch die schleswig-holsteinische Verkehrs-Staatssekretärin Tamara Zieschang (CDU) zeigte sich zufrieden mit dem Urteil. Es sei eine gute Entscheidung für die betroffenen Bürger sei, dass das Gericht deren Belange geschützt habe. Die Entscheidung mache sie auch optimistisch für die weiteren rechtlichen Auseinandersetzungen.

Die Reaktion der Region Hannover fiel deutlich nüchterner aus. Die Entscheidung nehme man zur Kenntnis, sagte Regionssprecher Klaus Abelmann. Man sei aber selber nicht Partei in dem Verfahren, betonte er. Nun liege es in der Entscheidung des zuständigen Unternehmens, gegen den Beschluss Beschwerde zu erheben. In der Sache sei aber de facto in einem Streit unter Bundesländern entschieden worden. "Das Land Niedersachsen, das für die Genehmigung des Transports zuständig war und ist, beurteilt die Rechtslage anders als die Bundesländer Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern", sagte Abelmann.

Gegen die Entscheidung (Az.: 3 B 46/12) ist eine Beschwerde beim Oberverwaltungsgericht Schleswig möglich. Somit ist der Verbleib von 170.000 Tonnen Asbestmüll weiter unklar. Eigentlich sollte der Abfall einer ehemaligen Betriebshalde in Wunstorf-Luthe in Niedersachsen auf die Deponien Ihlenberg (Nordwestmecklenburg) und Rondeshagen (Herzogtum Lauenburg) aufgeteilt werden.

Die betroffenen Länder, welche die giftige Fracht ursprünglich aufnehmen wollten, sagen - von Bürgerprotesten getrieben - seit Januar: "Nein, zu gefährlich." Dennoch beharren die niedersächsischen Behörden und die Besitzer der Halde auf einem Start der Transporte. Schließlich gebe es Abnahmeverträge mit den beiden Deponien. Ferner habe der TÜV Nord die Unbedenklichkeit der Transporte bestätigt.

[Datenschutzerklärung öffnen](#)

dapd

Kommentare (0)

Thema: "Asbesttransporte bleiben verboten"

Mecklenburg-Vorpommern
Regionale News

Suchen